

Grüner Rückzieher machte Weg für Agrargesetz frei

Von der Opposition werden die Grünen als Umfaller bezeichnet, weil sie von der geforderten Rückübertragung des Gemeindeguts abgerückt sind.

Von Peter Nindler
und Anita Heubacher

Innsbruck – Es war eine Koalitionsbedingung der ÖVP: Die Grünen mussten im Konflikt zwischen Kommunen und den rund 250 aus Gemeindegut entstandenen Agrargemeinschaften von ihrer Forderung nach einer Rückübertragung des Gemeindeguts abrücken. Noch vor der Landtagswahl tönte sie von den Grünen als Koalitionsbedingung, nach der schwarz-grünen Regierungsbildung im Mai 2013 wurden die Grünen von SPÖ, Vorwärts Tirol, FPÖ und Liste Fritz als Umfaller-Partei bezeichnet. Pünktlich zum einjährigen Regierungsjubiläum wird jetzt die Agrarnovelle im Landtag beschlossen. Seit den Jahrhundertnovellen „Raumordnung und Grundverkehr“ im Jahr 1993 führte kein Gesetzesvorhaben in Tirol zu so heftigen Diskussionen.

Die Grünen rechtfertigen ihr Abrücken von der Rückübertragung damit, dass das neue Flurverfassungsgesetz dieser sehr nahekomme. Die Rechte der Gemeinden werden künftig durch einen Substanzverwalter wahrgenommen, den Agrargemeinschaften bleibt nur noch der durch den Haus- und Gutsbedarf definierte Naturalbezug. Die Grünen hatten zuletzt Erklärungsbedarf gegenüber ihrer Basis, in der ÖVP begehrte vor allem der Bauernbund auf. Agrarfunktionäre, aber auch Bauern sind sauer auf die Bauernbundspitze und die ÖVP. Das Ringen um das Agrargesetz überschattete letztlich das erste Koalitionsjahr.

ÖVP und Grüne weisen stets auf die vielen kleinen Bausteine im ersten gemeinsamen Regierungsjahr hin,



Das Agrargesetz wird am Ende des ersten schwarz-grünen Regierungsjahres Mitte Mai im Landtag beschlossen.

Foto: Böhm

noch keine Einigung erzielen sie hingegen bei den Wasserkraftprojekten Sellrain-Silz oder Kaunertal bzw. bei der Wiedereinführung des sektoralen Lkw-Fahrverbots. Beim sektoralen Fahrverbot trennt der Lufthunderter die beiden Parteien, bei der Wasserkraft konnten sich ÖVP und Grüne nicht auf einen Regierungsbeschluss über den wasserwirtschaftlichen Rahmenplan für die Vorhaben des Landes-

energieversorgers Tiwag im Oberland einigen. Im Namen des Landes leitete LH Günther Platter (VP) ihn dann an Umweltminister André Rupprechter (VP) weiter.

Mit dem im November verabschiedeten Spekulationsverbot schiebt das Land risikoreichen Finanzgeschäften einen Riegel vor. Das Gesetz beinhaltet den Grundsatz einer risikoaversen Finanzgebarung, das Verbot von

Fremdwährungsgeschäften und die Unzulässigkeit der Aufnahme von Darlehen zum Zweck der Veranlagung.

Für koalitionsinterne Debatten sorgte das Sicherheitspolizeigesetz. Letztlich rang man sich doch dazu durch, das stille Betteln weiterhin zu erlauben. Gleich zu Beginn ihrer Amtszeit war die Landesregierung mit der Hochwasserkatastrophe im Unterland und dem Felssturz auf die Felbertauernstraße gefordert. Für Osttirol wurde inklusive Ersatzstraße ein Unterstützungspaket in Höhe von 25 Mio. Euro beschlossen.

Mit dem neuen Tiroler Kinder- und Jugendhilfegesetz verankert das Land Tirol erstmals gesetzlich das Gewaltverbot im Rahmen der UN-Kinderrechtskonvention. Auf Schiene ist das Haus der Musik und die Erweiterung des Management Centers Innsbruck. Die Bürgermeisterbezüge werden ebenfalls angehoben. Die Aufstockung des Wissenschaftsfonds auf vier Mio. Euro und der Zusammenarbeitsvertrag zwischen Krankenhaus Holding Tilak und der Medizinischen Universität an der Innsbrucker Klinik werden von der Landesregierung als Meilensteine bezeichnet.

Dass gerade unter einer grünen Umwelt- und Verkehrreferentin der Direktzug zwischen Lienz und Innsbruck mit Dezember 2013 eingestellt und durch einen Bus ersetzt wurde, lässt nach wie vor die Emotionen hochgehen. LHStv. Ingrid Felipe versucht in Verhandlungen mit Südtirol, den Zug wieder auf die Schiene zu bringen – bisher vergeblich. Die Opposition beantragte zum Direktzug sogar einen Sonderlandtag.